

Mehr Unsicherheit, weniger Wachstum

IW-Konjunkturumfrage und -prognose. Der Welthandel wächst nur noch schwach, viele Schwellenländer suchen nach einem neuen wirtschaftspolitischen Kurs und die ökonomischen Folgen der Flüchtlingszuwanderung sind schwer abzuschätzen. Vor diesem unsicheren Hintergrund haben die vom IW Köln befragten deutschen Unternehmen ihre Erwartungen zurückgeschraubt. Die aktuelle IW-Konjunkturprognose weist deshalb für 2016 nur ein moderates Wachstum von 1½ Prozent aus. 

Im Frühjahr sahen laut IW-Umfrage 43 Prozent der Unternehmen die weitere Produktionsentwicklung optimistisch; nur 13 Prozent rechneten mit einem Rückgang (vgl. iwkd 18/2015). Die aktuellen Einschätzungen für 2016 sind weniger zuversichtlich (Grafik):

Knapp 38 Prozent der deutschen Unternehmen gehen für 2016 von einem positiven Geschäftstrend aus, gut 14 Prozent dagegen von einer Verschlechterung.

In Ostdeutschland sind sogar nur 31 Prozent der Betriebe optimistisch, mehr als 19 Prozent befürchten eine

sinkende Produktion. Besonders groß ist der Anteil der Pessimisten in West wie Ost in der Industrie sowie in der Bauwirtschaft.

Auch sonst zeichnen die IW-Konjunkturumfrage und die IW-Prognose (Tabelle Seite 2) ein Bild in eher gedeckten Farben:

- **Außenhandel.** Dass wichtige Schwellenländer wie China, Russland und Brasilien in einem Wachstumstal oder gar in einer Rezession stecken und die Eurozone sich weiterhin nur langsam erholt, geht nicht spurlos an der exportorientierten deutschen Wirtschaft vorbei. →

Konjunktur: Firmen bleiben überwiegend optimistisch

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2016 eine ■ Abnahme der ... ■ Zunahme der ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	13,4	38,5	19,4	31,4	14,2	37,6
Exporte	12,0	27,6	14,4	12,4	12,3	25,8
Erträge	20,8	31,4	22,7	26,6	21,0	30,8
Investitionen	17,8	36,7	25,0	20,3	18,7	34,6
Beschäftigung	16,2	28,9	21,1	22,2	16,8	28,1

Rest zu 100: gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 2.362 Unternehmen in Westdeutschland und 561 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2015

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwkd 48 - Foto: Jonas Krüger/MEV

Inhalt

Unternehmenszusammenschlüsse. In Deutschland gab es zuletzt weniger Fusionen als früher. Das könnte auch mit den gestiegenen Aktienkursen zusammenhängen. Seite 3

Familienpolitik. Die deutsche Politik hat in den vergangenen Jahren viel unternommen, um Eltern zu entlasten und Kinder zu fördern. Der erwünschte Kindersegen bleibt aber weiterhin aus. Seite 4-5

Ausbildung. Immer mehr Lehrstellen können hierzulande nicht besetzt werden. Wie schwer es die Unternehmen bei der Suche nach Azubis haben, hängt allerdings stark von der Region und vom Ausbildungsberuf ab. Seite 6-7

Weltklimakonferenz. Die Teilnehmer sollten sich in Paris darauf konzentrieren, einen globalen Emissionshandel auf den Weg zu bringen. Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Hinzu kommt der kräftige Anstieg der Lohnstückkosten in Deutschland, der die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure beeinträchtigt (vgl. iwd 3/2015). Die Folge:

Der Anteil der Unternehmen mit positiven Exporterwartungen ist seit dem Frühjahr von einem Drittel auf ein Viertel zurückgegangen.

Die realen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen werden 2016 somit nur um 3/4 Prozent steigen.

- **Investitionen.** Weil in vielen Regionen der Welt die wirtschaftliche Dynamik nachgelassen hat, zögern global ausgerichtete deutsche Unternehmen, in neue Maschinen und Anlagen zu investieren. Und jene Firmen, die trotzdem Geld in die Hand nehmen wollen, entscheiden sich angesichts der hohen deutschen Arbeits- und Energiekosten zuneh-

mend für ein Engagement im Ausland statt am heimischen Standort.

Zwar gehen noch 35 Prozent der deutschen Unternehmen von einer höheren Investitionstätigkeit im Jahr 2016 aus und nur 19 Prozent von einem Rückgang. In Ostdeutschland überwiegt jedoch die Skepsis. All das prägt auch die IW-Prognose:

Die realen Investitionen in Ausrüstungen wie Maschinen und Produktionsanlagen werden 2015 und 2016 den jeweiligen Vorjahreswert nur um rund 3 Prozent übertreffen.

Auch die Bauinvestitionen werden von der Zurückhaltung im gewerblichen Bereich gebremst, während der Wohnungs- und der öffentliche Bau stärker expandieren.

- **Privater Konsum.** Die Bundesbürger profitieren weiterhin von der guten Arbeitsmarktlage und den

damit verbundenen Einkommenszuwächsen. Einige Steuererleichterungen und das kräftige Rentenplus 2016 kommen hinzu. Die Transfers an die Flüchtlinge führen zwar zunächst zu einem höheren staatlichen Verbrauch, erhöhen 2016 aber auch den privaten Konsum um annähernd 10 Milliarden Euro. Insgesamt rechnet das IW Köln für 2016 mit einem realen Anstieg der privaten Konsumausgaben um gut 1 1/2 Prozent.

- **Arbeitsmarkt.** Trotz aller Unsicherheit bleiben die Unternehmen in Sachen Beschäftigung noch recht zuversichtlich:

Rund 28 Prozent der deutschen Firmen werden ihre Mitarbeiterzahl 2016 wohl erhöhen, 17 Prozent werden dagegen Personal abbauen.

Die stärksten Beschäftigungsimpulse kommen dabei aus dem Dienstleistungssektor.

Die IW-Prognose geht für das kommende Jahr von einem weiteren leichten Anstieg der Erwerbstätigenzahl auf den neuen Rekordwert von 43,25 Millionen aus. Zugleich ist zwar mit einer um 120.000 höheren Arbeitslosenzahl zu rechnen. Angesichts des vermutlich weiterhin starken Zustroms von Flüchtlingen bleibt die Erwerbslosigkeit aber auf einem niedrigen Niveau. Das liegt auch daran, dass von den etwa 300.000 neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Flüchtlingen immerhin rund 80.000 eine Stelle finden dürften und ein weiterer Teil arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durchlaufen wird.

IW-Prognose für 2015 und 2016

Deutschland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,9	3/4	1/2
Arbeitslosenquote	6,7	6 1/2	6 1/2
Arbeitsvolumen	1,2	1 1/4	3/4
Produktivität	0,4	1/2	3/4
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1 3/4	1 1/2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,9	2	1 1/2
Konsumausgaben des Staates	1,7	2	2
Anlageinvestitionen	3,5	1 3/4	2 1/4
– Ausrüstungen	4,5	3	3
– Sonstige Anlagen	3,1	3	3
– Bauten	2,9	1	2
Inlandsnachfrage	1,3	1 3/4	1 3/4
Export	4,0	5	3 1/4
Import	3,7	5 1/2	4
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	0,9	1/4	1 1/4
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	0,3	3/4	0

Stand: November 2015; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

aus IW-Trends 4/2015

IW-Forschungsgruppe Konjunktur: Moderate Schlagzahl im Fahrwasser der schwächeren Weltwirtschaft – IW-Konjunkturprognose Herbst 2015 konjunktur-in-deutschland.de

Deutsche Fusionsflaute

Unternehmenszusammenschlüsse. In Deutschland hat sich auf dem Gebiet der Fusionen zuletzt weniger getan als früher. Vor dem Hintergrund der Diskussionen über die Industrie 4.0 wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass sich Industriebetriebe verstärkt digitales Know-how durch die Übernahme von IT-Unternehmen besorgen. Dass es nicht so gekommen ist, könnte auch mit den gestiegenen Aktienkursen zusammenhängen. 

Klassischerweise spiegeln Firmenzusammenschlüsse die wirtschaftliche Lage eines Landes wider. Läuft es gut, sind Geld und Mut vorhanden, einen Konkurrenten zu schlucken oder durch eine Kooperation neue Geschäftsfelder zu erschließen.

Derzeit ist von dieser Aufbruchsstimmung aber nichts zu spüren, obwohl das Geschäft in vielen Branchen brummt: Die Zahl der Fusionen und Übernahmen ist auf ein historisches Tief gefallen (Grafik).

Dies ist auch deshalb verwunderlich, weil die Unternehmen eigentlich genügend Geld für Zukäufe in den Kassen haben. Denn in neue Maschinen, Anlagen, Fabriken und Fahrzeuge wurde zuletzt recht wenig investiert.

Die realen Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland sind heute sogar niedriger als im Jahr 2008, als die Wirtschaftskrise begann.

Dass deutsche Aktiengesellschaften fusionsmüde sind, könnte an den hohen Aktienkursen liegen, die mögliche Übernahmen ausbremsen.

Darüber hinwegtäuschen können auch nicht die guten Unternehmensergebnisse. Denn das Verhältnis des

Fusionen: Schlicht zu teuer

Die gestiegenen Aktienkurse – und damit der gestiegene Wert von Unternehmen – sind einer der Gründe für weniger Fusionen und Übernahmen von Unternehmen innerhalb Deutschlands

Fusionen und Übernahmen



MDAX, 2010 = 100



Reale Ausrüstungsinvestitionen, 2010 = 100



MDAX: 50 größte deutsche Aktiengesellschaften nach Handelsvolumen und Marktkapitalisierung
Quellen: Bloomberg, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwtd 48

Aktienkurses zum Gewinn war 2013 auf einem Höchststand – eine Übernahme dürfte vielen mithin schlichtweg zu teuer sein.

Wenn trotzdem fusioniert oder übernommen wird, dann setzt die Mehrzahl der deutschen Unternehmen auf Diversifizierung – so haben sich 2014 genau 276 Firmen branchenübergreifend zusammengefunden, aber nur 148 Unternehmen innerhalb der Branchengrenze. In wichtigen Industriezweigen ist es genau umgekehrt – hier haben 77 im Branchenumfeld einen Partner gefunden, aber nur 28 außerhalb. Es wird also vornehmlich konsolidiert.

Die beiden Trends – schwache Übernahmedynamik und Konsolidierungsdruck in der Industrie – werden auch nicht von der Digitalisierung durchbrochen. Mit Blick auf die Industrie 4.0 wäre grundsätzlich zu erwarten, dass Industriefirmen

sich zusätzliche IT-Expertise von außen ins Haus holen. In das neue Unternehmen integriert, könnten dann passgenaue Softwarelösungen entwickelt und umgesetzt werden.

Tatsächlich aber fand knapp die Hälfte aller Käufe von IT-Unternehmen 2014 innerhalb der Branche statt. Eine Hochzeit zwischen Industrie- und IT-Firmen gab es nur vier Mal.

Dass Industrie und IT nicht miteinander verschmelzen, könnte zwei Gründe haben: Entweder entwickeln Unternehmen ihre digitalen Lösungen lieber intern, oder aber die deutsche Industrie ist noch nicht auf den Digitalisierungszug aufgesprungen (vgl. iwtd 47/2015).

aus IW-Trends 4/2015

Vera Demary, Matthias Diermeier:
Fusionen und Übernahmen in der deutschen Industrie – Auf dem Weg zur Industrie 4.0?
iwkoeln.de/fusionen

Von Elternzeit und Kindersegen

Familienpolitik. Mehr Geld, mehr Betreuungsplätze, mehr Ganztagsangebote: Die deutsche Politik hat in den vergangenen Jahren viel unternommen, um Eltern zu entlasten und Kinder zu fördern. Die verbesserten Rahmenbedingungen zeigen auch vielfach Wirkung, nur der erwünschte Kindersegen bleibt weiterhin aus.

Ist Schweden tatsächlich das Eldorado der Emanzipation, wo Väter selbstverständlich genauso lange in Elternzeit gehen wie Mütter? Und ist die staatlich organisierte Kinderbetreuung in Frankreich wirklich so viel besser als in Deutschland? In welchem EU-Land gibt es eigentlich das meiste Geld für Familien?

All dies beantwortet der aktuelle Familienfreundlichkeitsindex des Instituts der deutschen Wirtschaft

Köln, der die Familienpolitiken in 23 europäischen Ländern vergleicht.

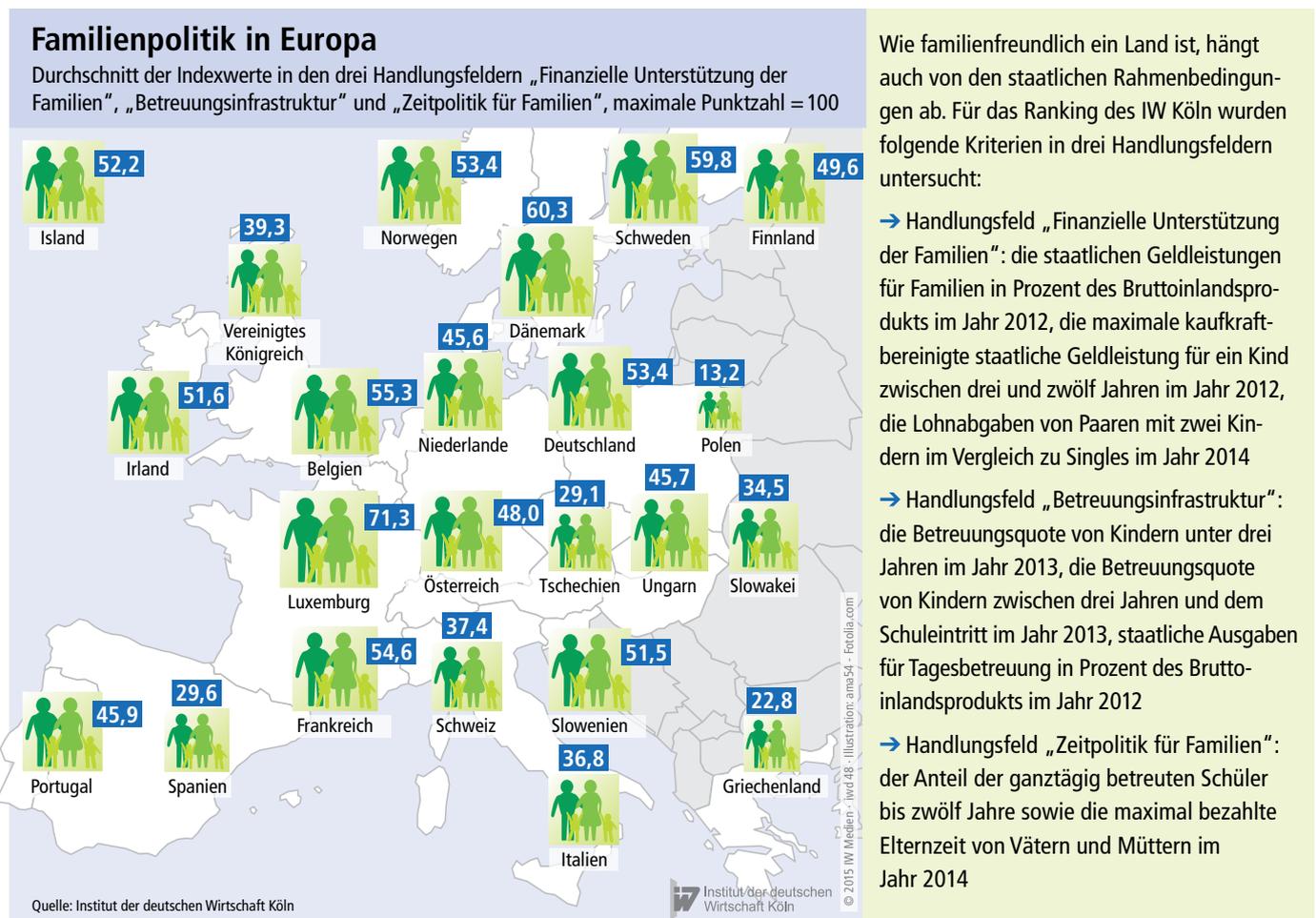
Um zu ermitteln, wie familienfreundlich die Länder sind, wurden die staatlichen Rahmenbedingungen in drei Sektoren untersucht: die finanzielle Unterstützung der Familien, die Betreuungsinfrastruktur sowie die familiäre Zeitpolitik, die maßgeblich von Ganztagsschulangeboten und der Elternzeit beeinflusst wird. Ergebnis (Grafik):

Luxemburg erreicht mit 71 von 100 möglichen Punkten den besten Wert im Familienfreundlichkeitsranking des IW Köln, Deutschland liegt mit 53 Punkten auf Platz sechs.

Tatsächlich schneiden auch zwei skandinavische Länder sehr gut ab: Auf dem zweiten Platz landet Dänemark, gefolgt von Schweden. Die schlechtesten Werte erzielen Polen, Griechenland und Tschechien.

Im Detail haben die EU-Länder folgendermaßen abgeschnitten:

- Die **finanzielle Unterstützung** von Familien fällt in Luxemburg, Irland und Deutschland am höchsten aus. Im Großherzogtum beispielsweise sind die maximalen Geldleistungen



Wie familienfreundlich ein Land ist, hängt auch von den staatlichen Rahmenbedingungen ab. Für das Ranking des IW Köln wurden folgende Kriterien in drei Handlungsfeldern untersucht:

- Handlungsfeld „Finanzielle Unterstützung der Familien“: die staatlichen Geldleistungen für Familien in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2012, die maximale kaufkraftbereinigte staatliche Geldleistung für ein Kind zwischen drei und zwölf Jahren im Jahr 2012, die Lohnabgaben von Paaren mit zwei Kindern im Vergleich zu Singles im Jahr 2014
- Handlungsfeld „Betreuungsinfrastruktur“: die Betreuungsquote von Kindern unter drei Jahren im Jahr 2013, die Betreuungsquote von Kindern zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt im Jahr 2013, staatliche Ausgaben für Tagesbetreuung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2012
- Handlungsfeld „Zeitpolitik für Familien“: der Anteil der ganztätig betreuten Schüler bis zwölf Jahre sowie die maximal bezahlte Elternzeit von Vätern und Müttern im Jahr 2014

für ein Kind zwischen drei und zwölf Jahren mit jährlich 2.379 Euro am höchsten. Zusammen mit Irland hat Luxemburg auch die niedrigste Steuerbelastung von Familien.

- Bei der **Betreuungsinfrastruktur** liegt Dänemark vorn, gefolgt von Schweden und Norwegen. Deutschland bewegt sich in puncto Kita- und Kindergartenplätze sowie der staatlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung nur im Mittelfeld.

In Dänemark werden 62 Prozent der Kinder unter drei Jahren institutionell betreut – hierzulande besucht nicht einmal jedes dritte Kleinkind eine Kita oder eine Tagesmutter.

- Der **zeitpolitische Rahmen** für Familien ist in Portugal, Frankreich und Ungarn besonders groß. Deutschland landet bei diesem Indikator ebenfalls nur im Mittelfeld.

Eine wichtige Rolle spielt auch die Elternzeit. In der Slowakei können Mütter 164 Wochen in bezahlte Elternzeit gehen, fast genauso lang ist die Elternzeit für Mütter in Finnland, Estland und Ungarn. In Deutschland beträgt die bezahlte Elternzeit von Müttern 58 Wochen, Vätern sind knapp neun Wochen vorbehalten. In Schweden beträgt die Elternzeit für Väter zehn Wochen, in Frankreich 28 Wochen.

Soweit die Rahmenbedingungen. Wie aber wirken sich diese Maßnahmen tatsächlich auf das Leben von Familien im jeweiligen Land aus?

Betrachtet man die wirtschaftliche Situation von Familien, die Erwerbstätigkeit von Frauen, das Wohlergehen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder sowie die Geburtenraten, zeigt sich:

Die erfolgreichste Familienpolitik wird in den skandinavischen Ländern gemacht – und zwar in Finnland, Island, Schweden und Norwegen.

Deutschland landet bei seinen Bemühungen, mithilfe von Familienpolitik auch familienpolitische Ziele zu erreichen, im Mittelfeld. Bei der Frauenerwerbstätigkeit und der wirtschaftlichen Stabilität von Familien liegt die Bundesrepublik im internationalen Vergleich im guten Mittelfeld, beim Wohlergehen und der Entwicklung von Kindern sind die Werte sogar sehr gut. All dies sorgt jedoch nicht dafür, dass sich die Deutschen dem Projekt Großfamilie widmen (Grafik):

Wenn es um die Erfüllung des Kinderwunsches geht, erreicht Deutschland von den 23 untersuchten Ländern in Europa nur den fünftletzten Platz.

Anders Frankreich: Dort bekommt statistisch betrachtet jede Frau im gebärfähigen Alter 2,0 Kinder – in Deutschland sind es nur 1,4.

Vor diesem Hintergrund sollte der familienpolitische Rahmen in Deutschland in zwei Punkten verbessert werden:

Die verschiedenen Einzelleistungen für Familien – 2010 zählte das Familienministerium 60 Geldleistungen und 22 steuerliche Maßnahmen – müssten vereinfacht und besser miteinander verzahnt werden. Denkbar wäre auch eine leichte Reduzierung der Finanzleistungen.

Die Ganztagsbetreuungsangebote für Schulkinder müssten weiter ausgebaut werden – sie sind derzeit der größte Engpass bei der familiären Zeitgestaltung. Ganztagschulen sollten sich künftig nicht nur als Bildungs-, sondern auch als Betreuungseinrichtung sehen und verstärkt Sport- und andere Freizeitaktivitäten anbieten sowie für eine ausgewogene Ernährung sorgen.

Vgl. IW policy paper 36/2015 unter: iwkoeln.de/familienfreundlichkeit

Familienplanung in Europa

Um zu ermitteln, inwieweit sich der Wunsch nach Kindern erfüllt, sind in diesem Index die Geburten je 1.000 Einwohner, die Gesamtfruchtbarkeitsrate und das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Geburt eingeflossen.

Durchschnitt der Indexwerte 2013, maximale Punktzahl = 100

Frankreich	73,9	
Irland	73,6	
Island	72,7	
Vereinigtes Königreich	64,0	
Schweden	62,0	
Norwegen	56,3	
Belgien	54,6	
Finnland	51,0	
Niederlande	42,1	
Dänemark	41,7	
Slowenien	38,8	
Luxemburg	36,2	
Tschechien	33,7	
Slowakei	31,9	
Schweiz	28,8	
Österreich	27,6	
Polen	26,2	
Ungarn	24,9	
Deutschland	18,6	
Italien	15,2	
Griechenland	12,5	
Spanien	8,0	
Portugal	7,1	

Gesamtfruchtbarkeitsrate: die Zahl der Geburten pro Frau im gebärfähigen Alter

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Auf nach Greifswald

Ausbildung. In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der nicht besetzten Lehrstellen in Deutschland verdreifacht. Wie schwer sich die Suche der Unternehmen nach Auszubildenden gestaltet, hängt allerdings stark von der Region und dem Ausbildungsberuf ab. 

Der Geschäftsführer eines Sanitärfachbetriebs aus Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern ist verzweifelt. Wie bereits in den vergangenen Jahren hat er auch dieses Mal keinen Jugendlichen für die Ausbildung zum Anlagenmechaniker Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik gefunden. Dabei ist sein Betrieb dringend auf Nachwuchskräfte angewiesen, sonst droht schlimmstenfalls in ein paar Jahren das Aus.

Greifswald ist zwar kein Einzelfall, dafür aber ein ganz spezieller: Denn mit fast 24 Prozent unbesetzten Ausbildungsplätzen war der Nachwuchsmangel dort 2014 größer als in jedem anderen der 154 Arbeitsagenturbezirke (Grafik).

Was für den Ausbildungsmarkt gilt, ist auch auf dem Arbeitsmarkt gang und gäbe: Es gibt immer mehr

Berufe mit starken anhaltenden Fachkräfteengpässen. Das ist definitionsgemäß dann der Fall, wenn die gemeldeten Arbeitslosen nicht ausreichen, um alle offenen Stellen zu besetzen – dieses Kriterium hat die Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik zwischen August 2011 und Juli 2015 stets erfüllt (Grafik Seite 7).

Von den 285 Berufen, die in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung erfordern, wiesen in den vergangenen vier Jahren 23 starke und anhaltende Engpässe auf. Die meisten von ihnen, 17 Berufe, werden in einer dualen Ausbildung erlernt, also parallel im Betrieb und in der Berufsschule. Fünf davon gehören zu dem Berufsfeld „Energie, Elektro und Mechatronik“, drei entfallen auf die „Bau- und Gebäudetechnik“ und je zwei auf die Berufs-

felder „Metall“, „Kunststoff und Holz“ sowie „Gesundheit, Soziales und Bildung“.

Anders als in schulischen Ausbildungsberufen wie Erzieher und Pfleger können die Unternehmen in den dualen Berufen den drohenden Fachkräfteengpässen entgegenwirken, indem sie zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten – und das haben die Firmen auch getan:

Zwischen 2011 und 2014 haben die Unternehmen in den 17 dualen Engpassberufen die Zahl ihrer Ausbildungsplätze von rund 67.500 auf 70.500 erhöht.

Allerdings sind die Betriebe schnell an ihre Grenzen gestoßen. Denn zwischen 2011 und 2015 sind in diesen Engpassberufen trotzdem insgesamt 15.500 Stellen unbesetzt geblieben – davon allein 3.400 in der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie 3.000 in der Bauelektrik.

Die Ursache für dieses Problem ist bekannt: Der Trend hin zu immer weniger Schulabgängern bei gleichzeitig mehr Abiturienten sorgt dafür, dass der Pool potenzieller Auszubildender kleiner und kleiner wird.

Allein im Jahr 2014 sind 6,6 Prozent aller angebotenen Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben, im Jahr 2011 waren es erst 5 Prozent.

Mit solchen Schwierigkeiten haben vor allem ostdeutsche und bayrische Firmen zu kämpfen. Im Arbeitsagenturbezirk Stralsund etwa ist – ähnlich wie in Greifswald – im vergangenen Jahr mehr als jede fünfte Ausbildungsstelle frei geblieben. Im thüringischen Altenburg-Gera und im bayerischen Passau waren es jeweils rund 15 Prozent.

Dem Osten gehen die Azubis aus

Arbeitsagenturbezirke mit den **höchsten** und **niedrigsten** Anteilen unbesetzter Ausbildungsplätze in Prozent aller Ausbildungsplätze im Jahr 2014



Greifswald	23,6
Stralsund	22,0
Altenburg-Gera	15,3
Neuruppin	14,6
Passau	14,6



Stendal	0,6
Dortmund	1,1
Kassel	1,6
Herford	1,9
Hamm	2,0

Die Gründe dafür sind allerdings recht unterschiedlich: In Ostdeutschland liegt es überwiegend an den rückläufigen Schülerzahlen, in der boomenden bayerischen Wirtschaft ist es dagegen die große Nachfrage nach Fachkräften.

Im Westen und Norden der Republik tun sich die Unternehmen zwar insgesamt leichter. In Dortmund zum Beispiel gab es 2014 kaum eine unbesetzte Nachwuchsstelle, Gleiches gilt für Kassel, Herford oder Hamm. Trotzdem gibt es auch in den west- und norddeutschen Bundesländern Arbeitsagenturbezirke mit einer überdurchschnittlich hohen Zahl vakanter Lehrstellen. Dazu gehört das niedersächsische Helmstedt mit fast 10 Prozent genauso wie Duisburg, Emden-Leer oder Kaiserslautern-Pirmasens mit Quoten von 8 bis 9 Prozent.

Die regionalen Unterschiede ergeben sich also nicht nur zwischen dem Nordwesten und Südosten der Republik, sondern schwanken auch innerhalb der Bundesländer.

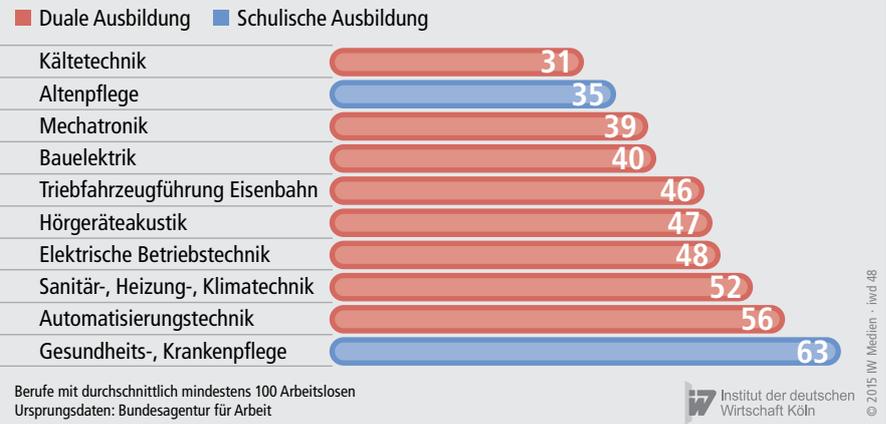
Neben der Region hat vor allem das jeweilige Berufsfeld einen großen Einfluss darauf, ob Firmen Azubis finden oder nicht. In den Berufsfeldern „Unternehmensorganisation und Verwaltung“ sowie „Naturwissenschaft und Informatik“ sind 2014 bundesweit nur 2 bis 3 Prozent der Stellen unbesetzt geblieben.

Ganz anders sieht es in Lebensmittelberufen wie Koch, Fleischer und Bäcker aus. Hier konnten die Unternehmen für fast ein Viertel ihrer Ausbildungsplätze keinen Bewerber finden. Im Bereich „Verkauf und Tourismus“ – zu dem unter anderem Restaurantfachleute und Systemgastronomen gehören – waren es 11 Prozent. Selbst in den gut bezahlten Metall- und Elektroberu-

Top Ten der Engpassberufe

Durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen je 100 gemeldeten offenen Stellen zwischen August 2011 und Juli 2015

Ein Fachkräfteengpass liegt vor, wenn die gemeldeten Arbeitslosen nicht ausreichen, um die offenen Stellen zu besetzen. Da im Schnitt nur etwa jede zweite offene Stelle bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet wird, geht man bereits dann von einem Engpass aus, wenn es je 100 gemeldeten offenen Stellen weniger als 200 Arbeitslose gibt. Ein starker Engpass besteht, wenn weniger als 100 Arbeitslose auf 100 gemeldete offene Stellen entfallen.



fen war der Anteil der vakanten Nachwuchsstellen im vergangenen Jahr mit 4 bis 5 Prozent rund doppelt so hoch wie im Jahr 2011.

Weil sich an diesen Trends wohl so schnell nichts ändern wird, müssen die Unternehmen aktiv gegen ihre Nachwuchsprobleme vorgehen:

Potenziale ausschöpfen. Arbeitgeber sind noch stärker als bisher gefordert, leistungsschwächeren Schülern die Chance auf eine Ausbildung zu geben, etwa durch auf zwei Jahre verkürzte und weniger theorielastige Praktikerausbildungen. Sollte es während der Ausbildung Probleme mit dem Lernstoff geben, können Azubis und Firmen von ausbildungsbegleitenden Hilfen der Bundesagentur für Arbeit profitieren.

Gleichzeitig sollten Firmen versuchen, mehr Abiturienten von einer Berufsausbildung zu überzeugen, beispielsweise durch das Angebot zertifizierter Zusatzqualifikationen wie Fremdsprachen oder Softwarekenntnisse.

Auch der Staat kann seinen Teil dazu beitragen. Gerade an Gymna-

sien ist die Berufsorientierung noch verbesserungswürdig. Wenn sich Abiturienten überhaupt für eine duale Ausbildung interessieren, dann meistens für die ohnehin sehr beliebten kaufmännischen und Dienstleistungsberufe – eine bessere Beratung könnte das Augenmerk auch auf jene Berufe lenken, in denen Fachkräfte knapp sind.

Radius ausweiten. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen suchen ihre Lehrlinge meist direkt vor Ort – aber auch nur da. Mit einfachen Mitteln wie Online-Anzeigen könnten sie ihre Stellen überregional bekanntmachen. Und damit den zugereisten Azubis die Eingewöhnung in die neue Region leichter fällt, könnten Mentoren beispielsweise Kontakte zu Sportvereinen herstellen und so für einen schnelleren sozialen Anschluss sorgen.

i Gutachten

Sebastian Bußmann:
Fachkräfteengpässe in Unternehmen –
Die Ausbildungssituation in Engpassberufen
Download unter: kofa.de

Neue Ideen braucht der Klimaschutz

Weltklimakonferenz. Statt in Paris darüber zu diskutieren, welches Land wie viel CO₂ ausstoßen darf, sollten sich die Konferenzteilnehmer aus rund 200 Ländern lieber auf einen globalen Emissionshandel verständigen.

Am 30. November beginnt in Paris die Weltklimakonferenz. Ziel ist ein Kyoto-Folgeabkommen, mit dem der Ausstoß an Kohlendioxid radikal verringert und so die Erderwärmung auf 2 Grad begrenzt werden soll. Dazu liegen in Paris 145 nationale Reduktionszusagen auf dem Tisch. Diese sind aber weder abgestimmt noch wirklich vergleichbar. So will zum Beispiel Russland die Kapazitäten seiner Wälder, CO₂ zu absorbieren, gegenrechnen (vgl. iwd 40/2015).

Ohnehin weiß niemand, ob die Zusagen nach der Zusammenkunft in Paris wirklich eingehalten werden. Zweifel sind angebracht, zumal der Einsatz fossiler Brennstoffe trotz

Kyoto bislang nur in Europa reduziert wurde. Und die Anstrengungen der Europäer fallen global gesehen kaum ins Gewicht (Grafik):

Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen, die durch die Nutzung von fossilen Brennstoffen entstehen, weltweit um rund 50 Prozent auf mehr als 32.000 Millionen Tonnen im Jahr 2013 gestiegen.

Allein China und Hongkong steigerten ihre offiziell ausgewiesenen Emissionen um fast 7.000 Millionen Tonnen – und es wird damit gerechnet, dass dieser Wert noch um bis zu 1.000 Millionen Tonnen nach oben korrigiert werden muss.

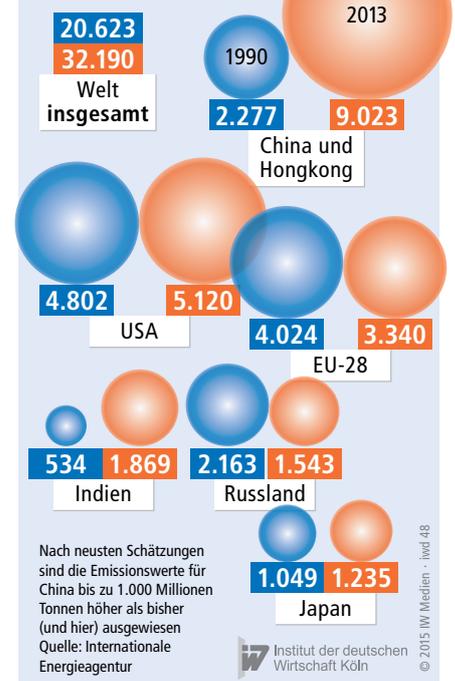
Hinzu kommt, dass sich unter den zehn größten Emittenten heute sechs asiatische Länder befinden, aber mit Deutschland nur noch ein europäisches Land.

Selbst wenn Deutschland und Europa sich noch ehrgeizigere Reduktionsziele setzen – dem Weltklima ist damit nur wenig geholfen. Dies gilt umso mehr, als der Anteil der EU-28 an den Emissionen im Jahr 2013 nur noch 10 Prozent betrug.

Insofern wäre es an der Zeit, den Klimaschutz ganz anders anzugehen. Bislang wurde stets darüber geredet, wer wie viel einspart. Dabei vertraten die meisten Staaten die Ansicht, dass Einsparungen vor allem die Aufgabe der anderen seien.

Die größten CO₂-Sünder

CO₂-Emissionen durch Brennstoffe in Millionen Tonnen



Das IW Köln schlägt deshalb vor, den auf europäischer Ebene bewährten Emissionshandel zumindest auf die fünf größten CO₂-Sünder auszuweiten. Dabei müssen die Betreiber einer Anlage – egal ob Kraftwerk oder Stahlwerk – für jede emittierte Tonne CO₂ ein Zertifikat kaufen (vgl. iwd 21/2015). Auf diese Weise würden weltweit Anreize geschaffen, Treibhausgase zu vermeiden. Der Preis für die Zertifikate sollte zudem überall gleich hoch sein. Dadurch würden Wettbewerbsverzerrungen verhindert.

Ein genaues Bild über die Entwicklung der CO₂-Emissionen durch Brennstoffnutzung in über 140 Ländern und ihre Verteilung auf die Sektoren der Volkswirtschaften finden Sie unter: iwkoeln.de/co2

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Presspiegel unter: pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.